

Kontroverse um die Haftentlassung einer ETA-Terroristin

Die mögliche Freilassung weiterer Aktivisten hat Alarm in Teilen der spanischen Gesellschaft ausgelöst

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs verpflichtet Spanien, eine ETA-Aktivistin auf freien Fuss zu setzen. Der Fall dürfte eine Welle von Haftentlassungen nach sich ziehen. Die Opfer sind erzürnt, die Regierung ist in einer schwierigen Lage.

Cornelia Derichsweiler, Madrid

Für Spaniens Justiz ist die jüngste Entscheidung aus Strassburg ein herber Schlag. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte am Montag die umgehende Freilassung der ETA-Terroristin Inés del Río angeordnet. Die 55-jährige Aktivistin, die wegen mehrerer Morde insgesamt 26 Jahre einsass, hätte eigentlich schon 2008 auf freien Fuss gesetzt werden müssen. Die spanische Justiz hatte jedoch eine nachträgliche Strafverlängerung verhängt. Diese Praxis wurde nun für nicht legitim erklärt. Sie verstosse gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, so der Entscheid, gegen den keine Berufung möglich ist.

Ein Präzedenzfall

Spaniens Justizminister Alberto Ruiz-Gallardón sprach zwar von einem Einzelfall, der sich nicht auf andere Häftlinge übertragen lasse. Möglicherweise aber wird die Regierung nun zur Freilassung von zahlreichen weiteren ETA

Terroristen gezwungen sein, deren Strafe vor Jahren ebenfalls nachträglich verlängert worden war. 30 Aktivisten hatten bereits im Vorfeld gegen die Anwendung der Doktrin geklagt. 55 weitere dürften in den nächsten Tagen folgen.

Inés del Río gehörte einst zum berühmtesten «Kommando Madrid. Dieses war eine der blutigsten Terror-Einheiten und in den achtziger Jahren für zahlreiche Anschläge in der spanischen Hauptstadt verantwortlich. Die Aktivistin war noch nach dem aus der Franco-Zeit stammenden Strafgesetzbuch von 1973 gerichtet worden. Für die Terroristin, der 24 Morde zur Last gelegt werden, summierte sich die Strafe ursprünglich auf mehr als 3000 Jahre. Die Haftdauer wurde aber schliesslich auf 30 Jahre reduziert, die maximale Verurteilung zum damaligen Zeitpunkt. Aufgrund guter Führung hätte die Terroristin eigentlich schon 2008 vorzeitig freikommen müssen. Im Jahr 2006 jedoch liess Spaniens Oberster Gerichtshof eine Vorschrift ausarbeiten, um Strafnachlässe neu zu berechnen. Mit der «Parot-Doktrin», benannt nach dem ersten Terroristen, für den dieses Prinzip Anwendung fand, verlängerte sich Inés del Rios Haftzeit so um weitere neun Jahre.

Mit dieser Massnahme wollte Spaniens Justiz einst Alarm in der Gesellschaft vorbeugen. Der weitaus grösste Teil der mehr als 800 ETA-Attentate nämlich war in den Jahren 1980 bis 1995 verübt worden. Dies hatte zur Folge,

dass zahlreiche inhaftierte Terroristen aufgrund strafmildernder Umstände bereits zwischen 2000 und 2010 auf freien Fuss kamen. Die «Parot-Doktrin» sollte einer solchen massiven Haftentlassung einen Riegel vorschieben.

Rajoy's Partei in der Klemme

Die ETA-Opfer zeigten sich empört über den Richtspruch aus Strassburg. Sie forderten die Regierung auf, das Urteil nicht umzusetzen. Für kommenden Sonntag riefen die Opferverbände zu einer grossen Protestveranstaltung in Madrid auf.

Der regierende konservative Partido Popular (PP) sieht sich nun in einer schwierigen Situation. In der Vergangenheit hatte sich die Partei stets eng mit den Opfern des ETA-Terrors verbündet. Einst war man Seite an Seite gegen die Friedensverhandlungen der sozialistischen Vorgängerregierung Zapatero eingeschritten, hatte gemeinsam mehrere grosse Protestaktionen durchgeführt. Nun aber muss Mariano Rajoy's Partei fürchten, dass sich der Zorn der Opfer, viele von ihnen treue PP-Sympathisanten und -Wähler, gegen sie selbst richtet. Eine von den Opfern angeführte und von konservativen Medien unterstützte offene Rebellion gegen eine mögliche Haftentlassungs-Welle will man nun im Partido Popular unbedingt vermeiden. Spaniens Innenminister Jorge Fernández Díaz bemühte sich daher, die aufgebracht Gemüter zu beruhigen. Im Wesentlichen habe sich auch

nach dem Urteil aus Strassburg nichts geändert, so der Minister. Der Terror der ETA sei besiegt und werde nicht wiederkehren. Zudem sei man mehr denn je an der Seite der Opfer. Ministerpräsident Mariano Rajoy erklärte sich denn auch spontan bereit, am Mittwochabend die beiden führenden Betroffenen-Vereinigungen zu empfangen.

Hoffnung im Baskenland

Die ETA hatte vor zwei Jahren erklärt, den gewalttätigen Kampf endgültig einzustellen. Bisher erklärte sie sich jedoch weder dazu bereit, die Waffen abzugeben noch ihre Selbstaflösung anzukündigen. Im Baskenland selbst, wo fünfzig Jahre Terror besonders tiefe Spuren hinterlassen haben und die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden umso grösser ist, wurde das Urteil aus Strassburg weitgehend positiv aufgenommen. Vor allem die nationalistischen Parteien sehen darin einen Impuls für den bisher zaghaft fortschreitenden Versöhnungsprozess. Die aus dem Umfeld der ETA entstandene Separatistenpartei Sortu hofft auf eine Lockerung der Häftlings-Politik und forderte die Regierung zu weiteren Schritten auf. Die regierenden, gemässigten Nationalisten des Partido Nacional Vasco appellierten jedoch auch an die Verantwortung der inhaftierten ETA-Aktivisten. Diese wurden aufgerufen, ein Eingeständnis des verursachten Leids abzulegen, bevor sie rechtliche Möglichkeiten in Anspruch nehmen.